



Protokoll der 24. Sitzung des Einwohnerrates

vom 17. Januar 2007, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 33 Mitglieder

Entschuldigt: Paul Finkbeiner, Nils Henn, Walter Leimgruber, Adrian Mächler, Paul Pfaff, Corinne Ruesch, Hanspeter Stoll

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahlen ins Büro und in die GPK ://: Gemäss Vorschlag der SP-Fraktion genehmigt.	2007/131
2. Jahresprogramm 2007 des Stadtrates ://: Zur Kenntnis genommen.	2006/123
3. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Erschliessung Burgundergebiet, Talacher- und Burgunderstrasse, Projekt- und Kreditgenehmigung; Beschlussfassung Bau- und Strassenlinienplan ://: Anträge des Stadtrates genehmigt.	2006/106 2006/106a
4. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Ausbau Sichternstrasse, Abschnitt Bodenackerstrasse bis Talacherstrasse; Projekt- und Kreditgenehmigung ://: Anträge des Stadtrates genehmigt.	2006/107 2006/107a
5. Bericht des Stadtrates betreffend Waldbaulinienplan Gebiet „Untere Grosse Matt“ – Mutation der Waldabstände ://: An die BPK überwiesen.	2006/130
6. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Regina Vogt, FDP Liestal, betreffend Teillohnprogramm Erledigt.	2006/112
7. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion betreffend einen guten Standort für den Bauernmarkt ://: Bericht zur Kenntnis genommen. ://: Postulat nicht abgeschrieben.	2006/84 2006/84a
8. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Adrian Mächler namens der FDP-Fraktion betreffend Steinenbruggli ://: An den Stadtrat zurückgewiesen.	2005/73 2005/73a
9. Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze ://: An den Stadtrat überwiesen.	2006/121

- | | | |
|-----|---|----------|
| 10. | Postulat von Paul Pfaff, Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Bestattung von Musliminnen und Muslimen
<i>://: Nicht an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2006/122 |
| 11. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Sabine Sutter namens der FDP-Fraktion betreffend Plakatsäulen
<i>Erledigt.</i> | 2006/124 |
| 12. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Veränderungen in der Schullandschaft Liestal
<i>Vertagt.</i> | 2006/127 |
| 13. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend Erschliessung Gräubern
<i>Vertagt.</i> | 2006/128 |
| 14. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend die Mütter- und Väterberatungsstelle Liestal
<i>Vertagt.</i> | 2006/129 |
| 15. | Fragestunde | |

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Januar-Einwohnerratssitzung.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 28. November 2006

://: Das Protokoll wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

- Auf Seite 538 muss es beim ersten Votum *Hans Rudolf Schafroth* anstelle von *Stadträtin Marion Schafroth* heissen. In der Folge wird beim letzten Satz des Votums das Wort *Sie* durch *Er* ersetzt.
- Auf Seite 542 wird im Votum von Stadtrat Ruedi Riesen auf Antrag von Einwohnerrat Beat Gränicher der Satz „Zum zweiten Mal sei durch Beat Gränicher das Stadtbauamt in Verruf gebracht worden“ gestrichen.

Die Begründung des Büros, diesen Antrag anzunehmen, lautet: Es wurden nicht sämtliche Aussagen von Ruedi Riesen in diesem Votum protokolliert. So gesehen erscheint es willkürlich, die Aussage bezüglich Beat Gränicher wiederzugeben. Man kann diesen Satz weglassen - wie auch andere Sätze weggelassen wurden -, ohne dass in der Argumentation von Ruedi Riesen etwas Wesentliches wegfällt.

Mitteilungen der Ratspräsidentin

- Matthias Zimmermann (SP) wird im Einwohnerrat herzlich willkommen geheissen.
- Paul Finkbeiner ist als Präsident der SVP/CVP/EVP-Fraktion zurückgetreten. Neuer Fraktionschef ist Beat Gränicher.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Das Büro hat Walter Leimgruber (SP) einstimmig als ordentliches Mitglied in die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) gewählt. Er ersetzt Doris Greiner. Weiter wurde Claudia Roche (SP) einstimmig zur Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gewählt. Sie tritt an die Stelle von Regula Nebiker.
- Die Einwohnerrats-Mitglieder sind gebeten, sich den 16. Juni 2007 für den Einwohnerrats-Ausflug vorzumerken. Der Ausflug wird mit einer Exkursion des Natur- und Vogelschutzvereins verbunden.
- Bei seinem Rückblick auf die letzte Einwohnerratsitzung hat das Büro das Thema Zuschauertribüne besprochen. Zuschauer wurden von Mitgliedern des Einwohnerrates und des Stadtrates direkt angesprochen. Das Büro bittet um Sensibilität im Umgang mit den Besucherinnen und Besuchern. Es kann ärgerliche Gefühle gegenüber Leuten auf der Tribüne geben. Wenn solche geäußert werden, ist zu bedenken, dass die Angesprochenen nicht darauf reagieren können. Diese Einseitigkeit erfordert Fairness von Seiten des Einwohnerrats.

Als **Stimmenzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-----------------------|------------------------------|
| - Matthias Zimmermann | Seite FDP |
| - Regina Vogt | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Regula Nebiker | Mitte, Büro |
-

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpäsidentin Regula Gysin teilt mit, dass am 22. Januar 2007 um 10.30 Uhr die Unterschriften zum Referendum „Ausbau Heidenlochstrasse“ eingereicht würden, und zwar beim Rathaus-Eingang Seite Rathausstrasse.
- Stadtrat Ruedi Riesen legt dar, dass sich das Manor-Projekt in einer schwierigen Phase befinde. Der Stadtrat werde am kommenden Dienstag eine Entscheidung dazu fällen, wie dem Projekt eine andere Dynamik einverleibt werden könnte. Im Jahresprogramm sei zwar durch den Quartierplan eine klare Linie definiert; es seien aber noch nicht alle Grundeigentumsverhältnisse geklärt, nicht zuletzt durch eine externe Projektorganisation, die sich dem Einfluss der Stadt entziehe. Aus dem Parlament seien verschiedene Ideen eingetroffen. Der Stadtrat werde sie gerne in seine Diskussion aufnehmen. Es sei wichtig, auch im Einwohnerrat eine politische Abstützung zu finden. Der Stadtrat werde prüfen, wie er den Einwohnerrat in den weiteren Planungsprozess einbinden könne. An der nächsten Einwohnerrats-Sitzung werde er die Entscheidung mitteilen. Es solle bei diesem wichtigen Projekt nicht Stadtratspolitik auf der einen und Einwohnerratspolitik auf der anderen Seite geben.

Traktandenliste

Regula Nebiker (SP) bittet darum, das Traktandum 12 (Interpellation von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Veränderungen in der Schullandschaft Liestal) zu verschieben, da der Interpellant nicht anwesend sei.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) hält fest, da kein Widerspruch erfolge, sehe sie die Traktandenliste mit dieser Änderung als genehmigt an.

186 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Ersatzwahlen ins Büro und in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) (Nr. 2007/131)

Das Ratsbüro beantragt dem Einwohnerrat folgende Wahl:

Auf Antrag der SP-Fraktion werden folgende Umbesetzungen vorgenommen:

a) Büro des Einwohnerrates

Ordentliche Mitglieder:

- Regula Nebiker; anstelle von Susanne Greiner
- Matthias Zimmermann; anstelle von Walter Leimgruber

b) Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Ordentliches Mitglied:

- Susanne Greiner; anstelle von Regula Nebiker

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) stellt fest, es gebe eine grössere Rochade in der SP-Fraktion. Sie schläge vor, die Kandidatinnen und den Kandidaten en bloc zu wählen.

://: Regula Nebiker und Matthias Zimmermann werden einstimmig als ordentliche Mitglieder in das Büro des Einwohnerrates gewählt. Susanne Greiner wird einstimmig als ordentliches Mitglied in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) gewählt.

187 G.2.2.4. Behörden: Gemeinderat

2. Jahresprogramm des Stadtrates (Nr. 2006/123)

Der Stadtrat teilt in seiner Vorlage zusammenfassend mit:

Das Jahresprogramm enthält im Sinne der Wesentlichkeit die wichtigsten Themen der städtischen Exekutivpolitik für das Jahr 2007. Unerwähnt bleiben die üblichen laufenden Geschäfte der operativen Ebene.

Das Projekt „Qualitätsmanagement“ soll gegen Ende des Planjahrs mit der Zertifizierung einen wichtigen Meilenstein erreichen und damit implementiert werden. Auf Basis des Konzeptes „Standortpromotion“ sollen die beiden Themen Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung mit breiter Basis angepackt werden. Als weitere Highlights aus den Departementen und Stäben sind zu nennen:

- Terminplanung Planungsinstrumente
- Abschluss Ortsplanungsrevision Siedlung
- Auditierung Soziale Dienste
- Einrichtung einer Tagesschule auf Basis der Erkenntnisse aus der Bedarfsanalyse
- Erarbeitung von Leistungsaufträgen und -Beschrieben

Die Form des Jahresprogramms wurde noch einmal verändert. Die Gliederung orientiert sich am Aufbau der Organisation. Zur einfacheren Lesbarkeit wurde die bisherige Darstellung in tabellarischer Form aufgegeben und werden nach Beschrieb der Schwerpunkte und wichtigen Projekte der einzelnen Departemente und Stäbe jeweils Ausgangslage, Lösungsansätze und Ziele der einzelnen Programmpunkte beschrieben.

Der Stadtrat ist zuversichtlich, mit dem vorliegenden Jahresprogramm in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung die Stadt Liestal auf dem Weg zur Realisierung der Legislaturziele einen weiteren entscheidenden Schritt voranbringen zu können.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat die Kenntnisnahme.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) stellt fest, es liege kein Antrag auf Nichteintreten vor. Der Stadtrat wolle das Wort offenbar nicht ergreifen. Die Diskussion sei frei für die Vertreter der Fraktionen.

Regula Nebiker (SP) weist darauf hin, dass ihre Fraktion an der letzten Sitzung einen Antrag auf Verschieben des Geschäfts gestellt habe, weil sie finde, es lohne sich, das Jahresprogramm in den Fraktionen eingehend zu diskutieren. In der SP-Fraktion sei eine interessante Diskussion über politische Inhalte und Schwerpunkte entstanden. Die Lesbarkeit des Dokuments habe zur Qualität der Diskussion beigetragen. Zu den einzelnen Verwaltungsbereichen wolle sie einige Kommentare anbringen. Zu den Stäben: Private Public Partnerships (PPP) seien etwas sehr Sinnvolles. Es sei gut, wenn Privatwirtschaft und Behörden gemeinsam soziale Probleme anpacken würden. Auch Anstrengungen zugunsten des Standortmarketings und der Wirtschaftsförderung seien sinnvoll. Ob aber für eine Anlaufstelle PPP sinnvoll sei, scheine ihrer Fraktion zweifelhaft. Die Anlaufstelle müsse die Stadt Liestal sein.

Interessant seien die Aussagen zum Projekt Poliflex. Die Zusammenarbeit der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei solle grundsätzlich wieder einmal überprüft werden. Ihre Fraktion be-

grüsse vermehrte Koordination beim Materialeinkauf der Feuerwehr. Diese Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden dürfe noch weitergehen.

Im Bereich Finanzen herrsche Qualität und Transparenz vor. Dies sei eine gute Grundlage für die politische Diskussion. Die SP-Fraktion sei froh, dass der Finanzplan dieses Jahr schon im Sommer vorliegen solle. Es mache Sinn, das Steuerinkasso zu überprüfen. Das Ziel müsse sein, dass es billiger und effizienter werde.

Die vom Stadtbauamt geplanten Projekte könnten realisiert werden; das freue die SP-Fraktion. Es sei ein ausgewogenes Programm. Die längerfristigen Ziele dürfe man aber auch nicht vergessen. Das Energielabel dürfe nicht auf halber Strecke stecken bleiben. Die SP erwarte eine termingerechte Erreichung der Ziele. Sinnvoll sei die Priorisierung der Tiefbauprojekte. Es sei wichtig, dass die Revision der Ortsplanung plangemäss abgeschlossen werde. Die Landschaftsplanung sei nicht zu vergessen. Die SP-Fraktion sei froh, dass diese enthalten sei. Sie sei wichtig für die Nachhaltigkeit.

Gerne habe man im Bereich Betriebe den Anschluss an den Regionenverbund im Trinkwasserbereich zur Kenntnis genommen. Ihre Fraktion wünsche sich allgemein noch mehr Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden. Es gäbe noch mehr Möglichkeiten, gerade bei den Betrieben.

In der Sozialhilfe störe die SP der zurückhaltende und eher konservative Ansatz. Es fehle an konkreten Projekten. Darunter dürften auch Pilotprojekte mit neuen Ansätze sein. Ihre Fraktion erwarte nicht einfach Beschäftigungsprogramme, sondern Wege, wie die Leute in den primären Arbeitsmarkt eingegliedert werden könnten. Die SP erwarte Konkreteres im Laufe des Jahres. Auch in der Jugendpolitik fehlten Perspektiven. Man solle nicht einfach auf die Jugendkommission warten. Die Vielfalt des Kulturlebens sei ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Lebensqualität in Liestal. Die SP-Fraktion wünsche sich eine wahrnehmbare Kulturförderung in Liestal. Im Ressort Bildung gebe es genügend Projekte. Sie würden auch im Zeitplan liegen und vorangetrieben. Die Vorreiterrolle, die Liestal hier spiele, sei auch ein Standortvorteil. Es sei klar, dass das Jahresprogramm nicht alle Aktivitäten der Stadt abbilden könne. Es setze Schwerpunkte und gebe Richtungen vor. Daraus habe sich die SP-Fraktion erklärt, dass man wieder nichts zur Migrationspolitik habe lesen können, obwohl hier vieles im Tun sei.

Erika Eichenberger (GL) teilt mit, mit Interesse habe ihre Fraktion das Jahresprogramm zur Kenntnis genommen. Es zeige die strategische Ausrichtung in den Departementen und die Schwerpunkte in den Bereichen auf. Die Grüne Fraktion halte es für richtig, dass das Jahresprogramm zusammen mit dem Voranschlag behandelt werden solle. Sie begrüsse die Terminierung der Planungsinstrumente. Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit wolle sie Folgendes hervorheben: Das Anpacken der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings töne vielversprechend. Nicht zu vergessen sei, dass auch die Kinderbetreuungsangebote zu den Standortvorteilen zählen würden.

Das Qualitätsmanagement-Projekt der Stadtverwaltung werde sicherstellen, dass die Stadt nach neuesten Erkenntnissen verwaltet werde. Dazu gehöre auch Aus- und Weiterbildung für das Personal. Es würden Trimester-Reporte eingeführt. Das bedeute, dass die Finanzlage der Stadt gut sei und immer besser kontrolliert werde. Die differenzierte Erhebung der Finanzdaten der Sozialen Dienste seien eine gute Grundlage für strategische Schritte auch im Sozialbereich. Ihre Fraktion sei gespannt auf die Massnahmen aus der Auditierung. Sie unterstütze alle Projekte, die das Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt verfolgten. Sie freue sich auf die ersten Empfehlungen der Jugendkommission. Sie empfehle dieser auch, bei ihren Kernaufgaben zu bleiben.

Im Stadtbauamt stünden grosse Geschäfte an. Die Frage sei, ob sie mit dem vorhandenen Personal sorgfältig umgesetzt werden könnten. Die Grüne Fraktion freue sich besonders auf die Umsetzung von Tempo 30. Im Bereich Bildung sei sie gespannt auf die Resultate der Bedürfnisabklärung zur Tagesschule. Es würden weniger Kleinklassen zugunsten von integrativer Förderung geführt. Diese Entwicklung verfolge die Grüne Fraktion kritisch. Betreffend Energielabel hoffe sie, dass die Umsetzung auch ohne zusätzliche Stellenprozente gelinge. Die Umsetzung werde sich positiv auf die Kasse von Liestal auswirken. Das Sportkonzept solle eine breite Infrastruktur für Spitzen- und Breitensportlerinnen und -sportler sichern.

Die Euro 08 werde viel Publikum nach Liestal bringen. Die Grüne Fraktion hoffe, dass Liestal mit einem attraktiven ÖV-Angebot und Mehrweggeschirr einen Beitrag an die Umwelt leisten werde. Das neue Kulturkonzept könne das Stedtl zu einem kulturellen Lichtblick werden lassen. Die Grüne Fraktion danke herzlich für das Jahresprogramm.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) meint, mit dem Jahresprogramm lege der Stadtrat einen umfangreichen Katalog von Projekten und Zielen vor. Es sei eng verknüpft mit dem Budget. Es wäre daher richtig, wenn beides miteinander behandelt würde. Beim Studium des Jahresprogramms seien leichte Zweifel aufgekommen, dass alle diese Vorhaben realisiert werden könnten. Der Vorteil sei, dass immer etwas Neues angepackt werden könne, wenn etwas ins Stocken geraten sei. Wichtig sei, immer den Abschluss der Projekte im Auge zu behalten. Nur so verändere sich etwas. Seine Fraktion begrüsse es, dass das Jahresprogramm 2008 bereits zusammen mit dem Budget verteilt werden solle. Gespannt warte sie auch auf das Erscheinungsbild des Amtsberichts zum vorliegenden Jahresprogramm im nächsten Jahr. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion danke dem Stadtrat und der Verwaltung für die gut verständliche Abfassung ihrer Jahresziele und die prompte Beantwortung der Fragen. Sie stimme dem Antrag des Stadtrates zu.

Peter Schäfer (FDP) äussert, die FDP-Fraktion halte das umfangreiche Jahresprogramm für sportlich. Die laufenden Geschäfte blieben unerwähnt. Die FDP hoffe, dass die Verwaltung und der Stadtrat fit genug seien, um das Programm umzusetzen. Sie begrüsse die Termine und hoffe, dass sie eingehalten würden. Etwas störe seine Fraktion: Es werde mit zwei Q-Systemen gearbeitet. Eines sei für die Schulen, das andere für die Verwaltung. Offenbar müsse das so sein. Die FDP-Fraktion nehme vom Jahresprogramm zustimmend Kenntnis.

Orla Oeri-Devereux (SP) sagt, sie habe eine Frage zum Steuerinkasso. 2001 sei der Stadtrat vor der Entscheidung gestanden, entweder die Dienstleistung beim Kanton oder die entsprechende Software einzukaufen. Man habe sich entschlossen, das Steuerinkasso dem Kanton zu übergeben. Sie würde gerne wissen, ob man die Software habe, die man brauche, wenn man das Steuerinkasso zurücknehme.

Stadtrat Peter Rohrbach betont, bei diesem Thema gehe es um eine grössere Abklärung. Es gehe um viele Parameter. Im Moment habe man die Software nicht, weil man sie jetzt nicht brauche. Die Software sei nur ein Faktor. Man mache eine Vollkostenrechnung. Die Stadt zahle dem Kanton für das Steuerinkasso rund CHF 200'000.-. Wenn man es zurücknehme, ergäben sich verschiedene Kostenpunkte wie Software, Personal, Porti. Man müsse auch die Personalsituation überprüfen, um zu sehen, ob das Zurücknehmen des Steuerinkassos möglich wäre. Es gehe primär um solche Fragen. Rein vom Finanziellen her bleibe die Lage etwa gleich. Es sei keine Sparübung.

Jürg Holinger (GL) weist darauf hin, dass auf Seite 19 die Jugend- u. Altersarbeit beschrieben werde. Die Aufgaben der beiden entsprechenden stadträtlichen Kommissionen seien ebenfalls erwähnt. Es handle sich um beratende Kommissionen. Gleichzeitig seien dort operative Aufgaben definiert. Damit seien diese Gremien überfordert. Dies seien Aufgaben der Verwaltung. Das sei eine Bemerkung. Auf Seite 16 vermisse er Angaben zum Thema Grünabfuhr. Man habe gehört, es seien Bestrebungen im Gang, es mit der so genannten Biopower zu probieren. Er würde gerne wissen, ob man auf dem Weg dazu sei.

Stadträtin Marion Schafroth antwortet, dies werde kommen. Im Stadtrat habe sie darüber informiert. Im April oder Mai werde das Thema im Stadtrat behandelt. Dann komme es in den Einwohnerrat. Das Ziel sei, dort anzudocken.

Stadtpräsidentin Regula Gysin ergänzt, sie wolle etwas zu den stadträtlichen Kommissionen sagen. Man habe einen Fehler im Jahresprogramm festgestellt. Die Jugendkommission habe klar eine strategische Aufgabe. Zu den Integrationsmassnahmen sei zu sagen, dass neu CHF 200'000.- mehr für Integrationsmassnahmen bewilligt seien. Der Stadtrat sei bereits seit

Herbst am Vorbereiten der Massnahmen und setze sie in diesem Jahr um. Sie sei froh um jede Idee. Es sei nicht leicht, Partner im wirtschaftlichen Bereich zu finden.

://: Das Jahresprogramm 2007 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

188 B.1.3.2. Ortsplanung: Ueberbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

3. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Erschliessung Burgundergebiet, Talacher- und Burgunderstrasse, Projekt- und Kreditgenehmigung; Beschlussfassung Bau- und Strassenlinienplan (Nr. 2006/106, 2006/106a)

Der Stadtrat teilt in seiner Vorlage zusammenfassend mit:

Auf Grund der vom Regierungsrat genehmigten Mutation zum Zonenplan und Strassen-netzplan wurden der Bau- und Strassenlinienplan sowie die Bauprojekte für den Strassenbau, die Kanalisation und die Wasserleitung erarbeitet. Den entsprechenden Projektie-rungskredit genehmigte der Einwohnerrat am 23. Juni 2004.

Die Projekte beinhalten die neue Sammelstrasse *Talacherstrasse*, die Verlängerung der be-stehenden Erschliessungsstrasse *Burgunderstrasse* sowie alle Fusswege. Die Strassenpro-jekte sind auf die geplante Tempo 30-Zone ausgerichtet. Die Talacherstrasse weist eine ge-nerelle Fahrbahnbreite von 5.25 m auf. Dazu ist auf der ganzen Länge ein Trottoir von 1.5 m Breite vorgesehen. Die Burgunderstrasse weist eine einheitliche Breite von 5.0 m auf, ohne Trottoir. Der für den Strassenbau benötigte Landerwerb erfolgt über eine privatrechtliche Baulandumlegung.

Mit dem Strassenprojekt werden auch neue Werkleitungen geplant. Die für die Wasserver-sorgung und die Abwasserbeseitigung benötigten Projekte und Kredite sind Bestandteil der Vorlage. In einem separaten Verfahren werden bestehende Bau- und Strassenlinienpläne aufgehoben und durch einen neuen Plan ersetzt, der den projektierten Verhältnissen ent-spricht.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt die Projekte Strassenbau / Wasserleitung / Kanalisation Talacherstrasse und Burgunderstrasse mit einem Bruttokredit von CHF 4'100'000.-, be-stehend aus den Kosten für den Strassenbau von CHF 1'500'000.-, für die Wasserlei-tung von CHF 500'000.- und die Kanalisationsleitungen von CHF 2'100'000.-.
2. Der Einwohnerrat nimmt davon Kenntnis, dass vom Bruttokredit ein Anteil von CHF 1'020'000.- über Anwänderbeiträge durch die Grundeigentümer finanziert wird.
3. Der Einwohnerrat beschliesst den Bau- und Strassenlinienplan Burgund (Talacherstras-se, Burgunderstrasse und Sichernstrasse).

Der Antrag der Bau- und Planungskommission (BPK) lautet:

Der Einwohnerrat stimmt den Anträgen 1 bis 3 gemäss Vorlage des Stadtrates zu.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) meint, wenn die Vorlage heute beschlos-sen werde, mache man in Liestal einen richtigen Schritt vorwärts. Es werde Gebiet für Wohneigentum erschlossen. Dies werde sich positiv auf die weitere Entwicklung Liestals auswirken. Die BPK habe das Projekt eingehend geprüft. Ein Punkt müsse noch geregelt werden, nämlich die Massnahmen für die häuslichen Abwässer. Es könne sonst zu einer un-gleichen Behandlung kommen. Demnächst werde dem Einwohnerrat das Abwasserregle-ment vorgelegt. Dann könne man dies abschliessend regeln. Er bitte darum, den Anträgen zuzustimmen.

Stadtrat Ruedi Riesen äussert, er sei erfreut darüber, dass das Geschäft in der BPK so gut durchgegangen sei. Man habe erkannt, dass das Geschäft im Zusammenhang mit der Ortsplanung übereinstimme. Es stimme auch mit der Strategie des Stadtrats überein, Wohnerschliessungen zu schaffen, nicht zuletzt solche mit Tempo 30. Er danke der BPK für die effiziente Arbeit.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, die Mehrheit seiner Fraktion unterstütze die Vorlage. Sie sei aber einstimmig der Meinung, dass das Baugebiet Richtung Sichert und Tiergarten nicht noch stärker erweitert werden dürfe. Eine eventuelle Erschliessung oberhalb des jetzigen Baugebiets lehne die Grüne Fraktion entschieden ab. Es sei gut, dass die Abwasserfrage nochmals angeschaut werde. Seine Fraktion wünsche ausserdem, dass man mittelfristig darüber nachdenke, wie man den Ortsbus attraktiver gestalten und die Randgebiete besser erfassen könne.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) sagt, seine Fraktion stimme der Vorlage einstimmig zu.

Regina Vogt (FDP) hält fest, mit dieser Erschliessung würden zwei Zwecke erfüllt: Die Erschliessung von Bauland und das Wachstum der Bevölkerung. Dies sei ein wichtiger Beitrag zur Stadtentwicklung. Bei der Talacherstrasse handle es sich um eine Sammelstrasse mit Trottoir, bei der Burgunderstrasse um eine Erschliessungstrasse ohne Trottoir. Die FDP-Fraktion habe sich mit den Baukosten und den Anwänderbeiträgen befasst. Sie sehe in dem Projekt einen wertvollen nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung der Stadt Liestal. Ihre Fraktion schliesse sich den Anträgen an.

Franz Kaufmann (SP) gibt bekannt, seine Fraktion stimme den Anträgen zu. Der Einwohnerat habe im Jahr 2004 grünes Licht für das Projekt gegeben. Jetzt habe er die Planung vor sich. Die SP-Fraktion sei sich bewusst, dass die Baulandreserven von Liestal nicht unendlich seien. Sie sei froh darüber, dass die Nachfrage nach Einfamilienhausquartieren zurückgehe. Begehrt sei Wohnraum in Stadtnähe mit schnellen Anschlüssen an den öffentlichen Verkehr. Von daher sei Liestal auf dem richtigen Weg mit seinem Programm, die Quartierpläne in Zentrumsnähe voranzutreiben und dort Wohnraum zu schaffen.

Astrid Basler (GL) legt dar, die Kosten für dieses Projekt würden durch den Strassenunterhalt noch zunehmen, ebenso werde der Verkehr in diesem Quartier weiter zunehmen. Die Pumpleistungen für die Wasserstationen würden nicht mehr genügen und müssten ausgebaut werden. In den 90er-Jahren habe man die verdichtete Bauweise unterstützt, um Grünflächen zu erhalten. Der Spielraum für die Natur und für Kinder sei aber trotzdem immer kleiner geworden. Kommende Generationen könnten das Gebiet noch immer überbauen. Sie sei gegen die Vorlage.

- ://: 1. Der Bruttokredit von CHF 4'100'000.- wird mit 30 Ja- gegen 1 Nein-Stimme genehmigt.
://: 2. Mit 30 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung wird zur Kenntnis genommen, dass vom Bruttokredit ein Anteil von CHF 1'020'000.- über Anwänderbeiträge durch die Grundeigentümer finanziert wird.
://: 3. Der Bau- und Strassenlinienplan Burgund wird mit 30 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

189 B.1.3.2. Ortsplanung: Ueberbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

4. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Ausbau Sichternstrasse, Abschnitt Bodenackerstrasse bis Talacherstrasse; Projekt- und Kreditgenehmigung (Nr. 2006/107, 2006/107a)

Der Stadtrat teilt in seiner Vorlage zusammenfassend mit:

Das Erschliessungskonzept für das Burgundergebiet wurde im Jahre 2004 neu überarbeitet. Voraussetzung für die Erschliessung ist ein Ausbau der Sichternstrasse ab Bodenackerstrasse bis zur geplanten Talacherstrasse.

Das Bauprojekt entstand in Koordination mit den Entwürfen des Bau- und Strassenlinienplanes. Der Ausbau ist auf eine Tempo 30-Zone ausgerichtet. Damit soll die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht werden. Die Fahrbahnbreite beträgt generell 5.00 m. Für die Fussgänger, insbesondere für die Schulkinder aus dem Quartier, wird entlang des südlichen Strassenrandes ein Trottoir gebaut. Die Trottoirbreite variiert zwischen 1.40 und 1.75 m. Durch die variablen Trottoirbreiten wird Rücksicht auf die bestehenden Besitzverhältnisse der angrenzenden Liegenschaften bzw. auf die bereits vorhandenen Gartenmauern und Einfriedungen genommen. Das Bauvorhaben mit allen Konsequenzen wurde anlässlich der Orientierungsversammlung vom 16. Mai 2006 allen Liegenschaftsbesitzer/innen vorgestellt.

Zeitgleich mit dem Strassenausbau sind auch neue Werkleitungen geplant. Diese Projekte sind jedoch nicht Bestandteil dieser Vorlage. Wasser- und Kanalisationsleitungen werden über die Gebundenen Ausgaben bewilligt und die Wasser- und Abwasserkasse finanziert.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt das Projekt Ausbau Sichternstrasse (Bodenacker- bis Talacherstrasse) und bewilligt dafür einen Bruttokredit von CHF 230'000.-.
2. Der Einwohnerrat nimmt davon Kenntnis, dass vom Bruttokredit ein Anteil von CHF 80'000.- über Anwänderbeiträge durch die Grundeigentümer finanziert wird.

Der Antrag der Bau- und Planungskommission (BPK) lautet:

Der Einwohnerrat stimmt den Anträgen 1 und 2 gemäss Vorlage des Stadtrates zu.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, dass ein enger Zusammenhang mit Traktandum 3 bestehe. Die BPK sei von dem Projekt überzeugt. Es entstünden wesentliche Verbesserungen für alle Verkehrsteilnehmer. Sinnvoll sei, dass man bei dieser Gelegenheit auch Tempo 30 realisieren könne. Die BPK habe die Vorlage eingehend geprüft. Das Verfahren mit den Anwohnern sei sauber abgelaufen. Die BPK stimme den Anträgen des Stadtrates zu.

Regina Vogt (FDP) legt dar, der Ausbau des Sichterngebiets stehe im Zusammenhang mit der Erschliessung des Burgundergebiets. Es habe aber auch andere Funktionen, zum Beispiel die Erschliessung der Sichtern mit dem Waffenplatz und dem Hundesportplatz. Im Strassen- und Trottoirbereich brauche es Anpassungen. Es handle sich um eine Weiterführung der Trottoirs aufwärts. Die Einführung von Tempo 30 sei ideal. Die FDP-Fraktion stimme der Vorlage überzeugt zu.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) hält fest, auch seine Fraktion stimme der Vorlage einstimmig zu.

Jürg Holinger (GL) gibt bekannt, auch die Grüne Fraktion unterstütze den Ausbau, insbesondere, weil es eine Verbesserung für die Fussgänger gebe. Diese sei in Anbetracht des Mehrverkehrs, der durch die Überbauung des Gebiets entstehe, dringend nötig. Seine Fraktion begrüsse auch, dass die Kreuzung Bodenackerstrasse / Sichternstrasse entschärft werde. Sie finde es auch gut, dass mit Abschluss der Bauarbeiten Tempo 30 installiert werde.

Pascal Porchet (FDP) macht darauf aufmerksam, dass bei der Aufführung der Finanzierung in der Vorlage falsch zusammengezählt worden sei. Die Position Gärtnerarbeiten betrage nicht CHF 30'000.-, sondern CHF 10'000.-. Dann stimme auch die Gesamtsumme von CHF 230'000.-.

Franz Kaufmann (SP) äussert, auch die SP-Fraktion stimme den Anträgen zu.

- ://: 1. Der Bruttokredit von CHF 230'000.- für das Projekt Ausbau Sichternstrasse wird einstimmig genehmigt.
- ://: 2. Einstimmig wird zur Kenntnis genommen, dass vom Bruttokredit ein Anteil von CHF 80'000.- über Anwänderbeiträge durch die Grundeigentümer finanziert wird.

190 B.1.3.1. Ortsplanung: Allgemeine Akten

5. Bericht des Stadtrates betreffend Waldbaulinienplan Gebiet „Untere Grosse Matt“ – Mutation der Waldabstände (Nr. 2006/130)

Der Stadtrat teilt in seiner Vorlage zusammengefasst Folgendes mit:

Mit dem neuen Bundesgesetz über den Wald aus dem Jahre 1991 wurden die Waldränder entlang der Baugebietsgrenzen und innerhalb des Baugebiets als statische Grenze erklärt. Die Gemeinden wurden aufgefordert, in ihren Baugebieten die Waldränder entsprechend den vorhandenen Tatsachen festzulegen (Waldfeststellung). Durch die Waldfeststellungen widersprechen einzelne Abschnitte der Waldbaulinien dem neuen Raumplanungs- und Baugesetz aus dem Jahre 1999 sowie der kantonalen Waldgesetzgebung. Aufgrund diverser anstehender Bauvorhaben im Waldabstandsbereich hat der Stadtrat beschlossen, sämtliche Waldbaulinien einer Prüfung zu unterziehen und den neuen gesetzlichen Gegebenheiten anzupassen. In einer ersten Etappe wurde die Waldbaulinie „Im Langen Hag“ Mutation Spitzacker am 31. August 2005 dem Einwohnerrat vorgelegt und am 17. Januar 2006 vom Regierungsrat genehmigt. In der zweiten Etappe hat der Einwohnerrat am 28. Juni 2006 die Waldbaulinien sowie die teilweise notwendigen Änderungen des Baugebietsperimeters entlang dem Schleifenberg beschlossen. Nachdem im Rahmen der öffentlichen Planaufgabe keine Einsprachen eingegangen sind, wurden die Waldbaulinienpläne dem Regierungsrat zur Genehmigung unterbreitet. Diese ist noch ausstehend. Aufgrund der Grundsatzdiskussionen in der Bau- und Planungskommission des Einwohnerrates bei der Behandlung der Waldbaulinienpläne am Schleifenberg wurde der sistierte Waldbaulinienplan „Untere Grosse Matt“ für die Behandlung im Einwohnerrat aufbereitet. Die Unterlagen liegen nun vor. Sie beinhalten die Festlegung der Waldbaulinien von der Arisdörferstrasse bis zur Heidenlochstrasse.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Waldbaulinienplan „Untere Grosse Matt“ wird beschlossen.
2. Die im generellen Bau- und Strassenlinienplan eingezeichnete Baulinie an der Heidenlochstrasse/Waldrand wird aufgehoben.
3. Die innerhalb des Perimeters des Quartierplanes „Untere Grosse Matt“, liegende Waldbaulinie von 20.00 m wird aufgehoben.
4. Der Waldbaulinienplan „Grossmattstrasse“ wird angepasst.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) stellt fest, es liege kein Antrag auf Rückweisung vor. Das Büro beantrage die Überweisung des Geschäfts an die BPK.

://: Die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission wird einstimmig beschlossen.

191 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

6. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Regina Vogt, FDP Liestal, betreffend Teillohnprogramm (Nr. 2006/112, 2006/1121)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation betreffend Teillohnprogramm

Die publizierten gesamtschweizerischen Zahlen über Sozialhilfe lassen aufhorchen. Angesichts der steigenden Zahl der Sozialhilfeempfänger stellen sich Gemeinden wie auch Städte die Frage, welche Projekte die gesamten Strukturen verbessern und entlasten könnten.

- Die Stadt Zürich hilft Sozialhilfebezügern, einen Teil ihres Existenzbedarfs wieder selber zu erwirtschaften.
- Die Stadt Basel lancierte eine Motion, die ein flächendeckendes Gegenleistungsprinzip von jungen Sozialhilfeempfängern verlangt.
- Die Stadt Liestal setzt auf breitabgestützte berufliche Eingliederung von stellenlosen Sozialhilfeempfängern und es wurde für dessen Kostendeckung soeben ein Nachtragskredit für das zweite Halbjahr 2006 von brutto 80'000.- Fr. abgesegnet.

Ich möchte den Stadtrat anfragen, ob er Massnahmen mit Teillohnprogrammen analog zu Zürich auch schon geprüft hat, wonach ein Sozialhilfeempfänger sein Einkommen aufbessern kann. Konkret gesagt, müsste neben dem aktuellen Liestaler Projekt StaBil, dessen Kursbeteiligung Jahreskosten zusätzlich von allein 9775.- Fr. oder mehr pro Klient auslösen, die Variante „Teillohnprogramm“ geprüft oder genutzt werden.

Arbeitsintegration in „frühhester“ Phase ist der beste Weg, um Leute aus der Abhängigkeit der Sozialhilfe zu befreien und ist gleichzeitig auch Garant für den Erhalt des sozialen Friedens unseres Wirtschaftsstandortes Liestal!

Regina Vogt
FDP Liestal
14. September 2006

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, die Antwort des Stadtrates sei als Tischpapier verteilt worden. Es sei ihr wichtig gewesen, dass eine schriftliche Beantwortung vorliege. Es handle sich um eine komplexe Sache. Sie sei bereit, zusätzliche Fragen zu beantworten, beispielsweise dazu, wie die Vorgehensweise in der Praxis funktioniere.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) fragt, ob die Interpellantin Regina Vogt mit der Antwort zufrieden sei und ob sie die Diskussion wünsche.

Regina Vogt (FDP) antwortet, sie habe den Text überflogen. Sie sei mit vielen Aspekten einig, wünsche aber die Diskussionsion.

Regina Vogt (FDP) berichtet, sie wolle nochmals auf die Ausgangslage zurückkommen, vor allem mit Blick auf die jüngere Generation. Rund 17 Prozent der Sozialhilfebezüger in der Stadt Liestal seien zwischen 16 und 25 Jahren alt. Die Kosten- und Fallzahlen hätten sich in den vergangenen Jahren drastisch erhöht. Die Integration dieser Menschen in die Arbeitswelt müsse ein vordringliches Ziel sein. Basel-Stadt habe mit einem Vorstoss reagiert, der das Gegenleistungsprinzip fordere. Zürich habe 300 Stellen für Sozialhilfebezüger geschaf-

fen, damit diese einen Teil ihres Existenzbedarfs selber erwirtschafteten. Sie sei sich bewusst, dass es sich um andere Kantone mit anderen Regelungen handle und dass man so etwas nicht eins zu eins übernehmen könne. Liestal unternehme Anstrengungen zugunsten der beruflichen Eingliederung, beispielsweise mit dem Projekt „StaBil“ oder dem Projekt „20 – wie weiter?“; diese Projekte kosteten aber auch etwas. Das neue Sozialhilfegesetz biete ebenfalls Hilfe zum Wiedereinstieg. Ihr Anliegen sei, dass Liestal parallel dazu Möglichkeiten schaffe, damit Sozialhilfeempfänger ohne grosse Kostenfolge mit einfachen Arbeiten zu ihrem Existenzbedarf beitragen würden. In Frage kämen beispielsweise Landwirtschaftseinsätze, die Velostation oder die SBB. Bei den Sozialen Diensten habe sie erfahren, dass bei Nichterfüllen von Bedingungen Leistungskürzungen erfolgten. Das sei eine härtere Gangart; es brauche aber auch ein Anreizsystem. Arbeit mache die Menschen zufrieden und auch wieder leistungsfähig. Die Private Public Partnerships seien auch in ihrem Sinn.

Somit ist die Interpellation erledigt.

192 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion betreffend einen guten Standort für den Bauernmarkt (Nr. 2006/84, 2006/84a)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend einen guten Standort für den Bauernmarkt

Die Einkaufsrunde, vor allem am Samstag, führt viele Leute an die Marktstände auf dem Fischmarkt. Zahlreiche Personen kommen extra wegen dieses Angebots zum Einkauf nach Liestal. Gemüse und Obst, Blumen und diverse Erzeugnisse stammen aus nahe gelegenen Bauernhöfen. Die Transportwege sind also sinnvoll kurz, die Produkte frisch und appetitlich. Der Markt verschafft einen willkommenen Verdienst, hinter dem viel Arbeit steht.

Ein Markt pflegt wertvolle Traditionen, schafft Kontakt zur Landwirtschaft und ist ökonomisch und ökologisch zu unterstützen. Nebenbei lässt sich dort gemütlich das Neueste austauschen. Allein – die Art und Weise, wie sich die drei Stände präsentieren müssen, ist nicht angemessen. Die Verkäuferinnen stehen mit ihren Waren dicht neben parkierten Fahrzeugen und sind den Abgasen der Autos ausgesetzt. Kundinnen und Kunden müssen ständig auf der Hut sein, nicht von Autos angefahren zu werden. Kinder und Kinderwagen, Einkaufswagen und Taschen brauchen permanente Kontrolle, damit nichts passiert. Es ist hektisch. Der Bauernmarkt verdient einen besseren Platz!

Wir ersuchen den Stadtrat,

- mögliche neue Standorte zu prüfen und den Standbesitzerinnen anzubieten:
 - Mit dem Bau des neuen Manor und dem geplanten Durchgang zur Rathausstrasse könnten neue Gelegenheiten geschaffen werden.
 - Die Rathausstrasse bietet sich besonders an, ist sie doch am meisten frequentiert.
 - Der Zeughausplatz scheint von der Anlage her geradezu ideal zu sein, wenn er insgesamt belebt würde.
- darauf zu achten, dass die Möglichkeit besteht, dass sich auch andere landwirtschaftliche Betriebe dem Bauernmarkt anschliessen könnten
- dem Einwohnerrat darüber zu berichten.

Claudia Roche
SP-Fraktion
5. April 2006

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) stellt fest, der Stadtrat habe einen neuen Standort gefunden. Das Eintreten sei nicht bestritten.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, sie müsse berichtigen, dass verschiedene Möglichkeiten geprüft worden seien. Es brauche noch eine Vorlage im Stadtrat für den Beschluss. Mit den Standinhaberinnen sei man im Gespräch.

Claudia Roche (SP) gibt bekannt, sie danke für die Bearbeitung des Postulats. Sie freue sich, dass die Rathausstrasse auch in Betracht käme. Der Standort vor und nach dem Törli sei attraktiv. Dies wäre eine lebendige Visitenkarte Liestals für Leute, die am Samstag ins Stedtli kämen. Am Wasserturmplatz stünden auch Parkplätze zur Verfügung. Eine zentrale Frage sei, ob der Standort praktisch und effizient für die Marktfrauen sei. Mit dem Zeughausplatz als Marktstandort habe sie nicht ernsthaft gerechnet. Die Allee finde sie als Idee gross-

artig. Die Sache gehe dort aber noch nicht auf. Erstaunt sei sie darüber, dass das Postulat jetzt als erfüllt abgeschrieben werden solle. Dies halte sie für nicht ganz sachlich, weil der Entscheid noch ausstehe. Sie stelle folgenden Antrag: *Das Postulat Nr. 2006/84 und 2006/84a bleibt bis zur effektiven Erfüllung stehen.*

Elisabeth Spiess (GL) teilt mit, ihre Fraktion nehme den Bericht gerne zur Kenntnis. Den Standort Rathausstrasse für den Frischmarkt halte sie für gut. Sie begrüsse diesen mutigen Vorschlag. Bis anhin sei ihre Fraktion für die Abschreibung des Postulats gewesen. Sie schliesse sich nun aber gerne Claudia Roche an.

Hans Brodbeck (FDP) äussert, die FDP-Fraktion begrüsse den Vorschlag des Stadtrats. In Liestal gebe es nicht so viele Möglichkeiten für den Frischmarkt. Seine Fraktion sei erstaunt, dass der Stadtrat zwei Plätze gefunden habe, die einen gewissen Erfolg versprechen würden. Vor und nach dem Törli sei das Klima aber jeweils ganz anders. Vor dem Törli herrsche voller Sonnenschein, was nicht gut für Waren wie Gemüse und Speck sei. Auf der anderen Seite des Törlis gebe es diese Probleme für diese Produkte nicht. Der Stadtrat werde sich etwas einfallen lassen müssen. Ausserdem stelle sich die Frage, ob die Stände zur Strassenmitte oder zum Trottoir offen seien, das heisst zu den übrigen Läden. Diesen sei die Richtung nicht egal. Wenn die Leute auf dem Trottoir zirkulieren würden, sei dies besser für die Läden. Es gebe sehr viele Spontankäufe. Seine Fraktion hoffe, dass die Verwaltung dies mit Fingerspitzengefühl angehe. Die FDP-Fraktion nehme den Bericht zur Kenntnis und schliesse sich auch dem Antrag an, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) betont, der Kommission, die diese Arbeit geleistet habe, gehöre ein Kompliment. Seine Fraktion sei positiv überrascht von den neuen Standorten. Der Standort Törli würde Marktstimmung hervorrufen. Auf dem Zeughausplatz stünde der Markt in Konkurrenz zu den anderen Läden, und in der Allee wäre er zu weit weg vom Geschehen. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion schliesse sich Claudia Roche an.

://: Der Antrag von Claudia Roche, das Postulat noch nicht abzuschreiben, wird einstimmig angenommen.

://: Der Bericht des Stadtrates wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

193 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

8. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Adrian Mächler namens der FDP-Fraktion betreffend Steinenbrüggli (Nr. 2005/73, 2005/73a)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend Steinenbrüggli

Das Steinenbrüggli ist in einem schlechten Zustand. Im Budget 2006 sind für erste Sicherungsmassnahmen CH 100'000.- vorgesehen; im 2007 weitere CHF 400'000.- für Sanierungen gemäss Finanzplan 2006-2010. Es ist inzwischen bekannt, dass das Steinenbrüggli nicht römischen Ursprungs ist. Es ist auch nicht im Inventar der schützenswerten Objekte enthalten. Das Steinenbrüggli dient lediglich dem Fussgängerverkehr. Es könnte also durch eine neue Leichtkonstruktion ersetzt werden. Auch nach 2007 sind stets wieder Kosten für die Erhaltung des Steinenbrüggli zu erwarten.

Die FDP-Fraktion sieht zwei Lösungsansätze:

- A. Das Steinenbrüggli wird durch den Kanton in das Inventar der geschützten Kulturdenkmäler aufgenommen und der Kanton beteiligt sich angemessen an den Kosten für den Erhalt.
- B. Das Steinenbrüggli wird vom Kanton als nicht schützenswert befunden. In diesem Fall sind die Kosten für den Abbruch und den Ersatz durch eine neue Brücke zu ermitteln.

Der Stadtrat wird gebeten, Alternative A beim Kanton abzuklären. Falls seitens des Kantons kein Interesse an einer Unterschutzstellung besteht, sind die Kosten für den Abbruch und den Ersatz durch eine neue Brücke zu ermitteln. In jedem Fall sollen vorerst keine Massnahmen in Angriff genommen werden, welche über das Mass einer Sicherung hinausgehen.

Adrian Mächler
FDP-Fraktion
12. Dezember 2005

Stadträtin Marion Schaefroth erläutert, die Angelegenheit liege bei ihrem Departement, weil es um das Thema Unterhalt gehe. Bei historischen Fragen werde Stadtrat Lukas Ott sie unterstützen. Die Brücke stamme aus dem Mittelalter; 1363 sei sie erstmals erwähnt. Die letzte Sanierung liege Jahrzehnte zurück. Die Stadt habe eine Abklärung durchführen lassen, da Einsturzgefahr bestanden habe. Die Brücke sei nun provisorisch abgestützt und müsse dieses Jahr saniert werden. Sie sei von allen Instanzen als unbedingt erhaltenswert eingestuft worden. Sie stehe im Inventar der historischen Verkehrswege Schweiz und dadurch zeige der Bund, dass die Brücke von seiner Seite bereits als schützenswert betrachtet werde, auch wenn sie kantonale noch nicht unter Denkmalschutz stehe.

Eine Sanierung sei eine teure Sache. Brutto müsse man mit einem Betrag zwischen CHF 413'000.- und 570'000.- rechnen. Eingeplant seien CHF 450'000.-. Die Stadt bekomme rund CHF 100'000.- zurück. Das Geld fliesse nur, wenn das Steinenbrüggli auch auf kantonaler Ebene unter Denkmalschutz stehe. Bei dieser Unterschutzstellung handle es sich aber um eine reine Formsache. Wenn man das Steinenbrüggli nicht saniere, müsse man es abbauen und einen zweckmässigen Neubau erstellen. Eine Stahlkonstruktion käme auf CHF 160'000.- bis 200'000.- zu stehen. Es gehe also um einen Differenzbetrag von CHF 150'000.- bis 190'000.-. Der Stadtrat empfehle eine Sanierung. Die Brücke sei sehr wertvoll. Die dritte

Variante sei, die Brücke verfallen zu lassen oder sie abzureissen und nichts Neues zu bauen. Diese Variante falle aber weg, weil viele Passanten die Brücke benützen würden.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) informiert, es liege ein Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion vor.

Hans Brodbeck (FDP) legt dar, es gehe bei diesem Antrag um mehr Kostentransparenz. Er vertrete eine Meinung, die eine Mischung sei aus der Fraktionsmeinung und seiner eigenen. Das Steinenbrüggli sei lange vernachlässigt worden. Es habe wirtschaftliche und historische Bedeutung. Wirtschaftlich gesehen diene es nur noch Fussgängern, werde aber rege gebraucht. Für Historiker sei die Brücke von grosser Bedeutung. Man wisse nicht, ob es diejenige sei, die vor 700 Jahren gebaut worden sein solle. Bei einer Renovation werde sie mit Pickel und Pinsel bearbeitet. Jeder Stein werde umgedreht. Dann müsse man die Brücke wieder neu bauen. Es werde eine lange Bauzeit, viel Handarbeit sei notwendig. Professor Rück als Spezialist habe gesagt, man müsse mit CHF 570'000.- rechnen. Bei historischen Bauten sei es schwierig, das Kostendach aufzuzeigen. Er misstrauere der Vorlage. Er denke, es werde teurer. Man müsse die Kosten kennen, um zu entscheiden. Die Stadt teere die Rathausstrasse nicht neu, weil man das Geld nicht habe, aber man könne Hunderttausende für das Steinenbrüggli ausgeben. Die Vorlage brauche genaue Zahlen auf der Grundlage von Offerten. Die Beteiligung von Bund und Kanton scheine ihm zu gering. Sein Antrag laute: *Die Vorlage Nr. 2005/73a „Steinenbrüggli“ wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, die Sanierungskosten auf der Grundlage konkreter Offerten zu berechnen.*

Stadträtin Marion Schafroth entgegnet, es sei schade, dass man sie nicht vorher über die Rückweisung informiert habe. Professor Rück habe die billigere Variante selbst vorgeschlagen. Die Stadt habe die Kosten bewusst oberhalb der billigsten Variante angesetzt. Sie wäre froh, wenn der Rat die Vorlage nicht zurückweisen würde. Das würde nicht viel Neues bringen.

Regula Nebiker (SP) berichtet, sie habe selbst Recherchen angestellt. Die Brücke sei im Jahr 1363 erstmals erwähnt worden. Daraus könne man nur schliessen, dass die Brücke damals schon existiert habe. Sie habe Quellen gefunden, wie man die Brücke über Jahrhunderte hinweg erhalten habe. Die Sanierung käme teuer zu stehen, weil die Brücke zum letzten Mal in den 50er-Jahren saniert worden sei. Das Interessante sei nicht, wie viele originale Steine noch vorhanden seien. Möglicherweise seien gar keine mehr existent, weil die Brücke immer wieder repariert worden sei. Eine Rückweisung halte ihre Fraktion nicht für nötig; der Stadtrat verspreche ja transparente Kosten. Betreffend Bedeutung der Brücke wolle sie darauf hinweisen, dass auch niemand auf die Idee käme, die Stadtkirche abzureissen. Sie sei froh darüber, dass das Gewicht dieses Bauwerks allmählich auch beim Kanton bekannt sei.

Elisabeth Spiess (GL) äussert, sie traue Stadträtin Marion Schafroth zu, dass sie die Kosten richtig habe schätzen lassen. Im Bericht stehe ja auch, dass es eine separate Kreditvorlage geben werde, über die man dann wieder debattieren könne. Sie freue sich über den Bericht des Stadtrates. Die Grüne Fraktion sei sehr für die Erhaltung des Steinenbrüggli. Weil es eine separate Kreditvorlage gebe, sei ihre Fraktion für die Abschreibung des Postulats.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) sagt, der Stadtrat habe dem Einwohnerrat einen informativen Bericht zum Postulat vorgelegt. Fachstellen bezeichneten das Brüggli als historisches und schützenswertes Bauwerk. Es solle auch zu den geschützten Baudenkmälern gezählt werden. Zeugen der Vergangenheit sollten in dieser schnelllebigen Zeit instandgestellt und gepflegt werden. Wenn der Kostenrahmen überschritten werde, könne man bei der Kreditvorlage das Veto einlegen. Seine Fraktion begrüsse das Vorgehen des Stadtrates und stimme grossmehrheitlich den Anträgen des Stadtrates zu.

Bernhard Fröhlich (FDP) meint, man spüre, dass man mehrheitlich das Brüggli aus historischen Gründen erhalten wolle. Es brauche aber eine konkrete Offerte. Wenn die Schätzung

des Fachmanns so genau sei, könne dieser vielleicht auch eine klare Offerte schicken. Wenn sie vorliege, könne man das Geschäft dem Einwohnerrat im Februar unterbreiten. Er mache beliebt, dem Antrag von Hans Brodbeck zu folgen. Dann habe man eine gute Grundlage. Man müsse sich die Frage stellen, was man mache, wenn die Sanierung CHF 700'000.- koste. In diesem Bereich sei alles möglich. Es wäre sehr heikel, wenn man einer hohen Kostenüberschreitung zustimmen müsse. Irgendwann stelle sich das Thema der Verhältnismässigkeit. Mit einer Offerte fühle man sich wohler.

Claudia Roche (SP) teilt mit, sie werte den Bericht als Zwischenbericht. Er gebe zur Kenntnis, welche Schritte man gemacht habe. Das Postulat sei dann abschreibungswürdig, wenn ein konkreter Kostenplan vorliege. Sie würde Antrag 1 zustimmen und Antrag 2 ablehnen.

Franz Kaufmann (SP) wendet ein, er sehe das Problem nicht. Im Antrag 1 sei klar von einer separaten Kreditvorlage die Rede. Es sei ein guter Vorschlag von Claudia, das Postulat noch stehen zu lassen.

Jürg Holinger (GL) fügt hinzu, er habe oft mit Professor Rück zusammengearbeitet. Von einem Experten erhalte man nie eine konkrete Zahl. Dazu müsse man den Auftrag ausschreiben. Der Bericht sei zur Kenntnis zu nehmen, aber für die Kreditvorlage brauche es eine Offerte.

Stadtrat Ruedi Riesen ergänzt, als Baufachmann müsse er sagen, dass dies eine gute Schätzung sei. Es sei genau dargelegt, wie die Arbeiten vor sich gehen sollten und um was für eine Baumethodik es sich handle. Für eine Kreditvorlage brauche es selbstverständlich eine Offerte.

Bernhard Fröhlich (FDP) erwidert, er habe sich wohl nicht geschickt ausgedrückt. Er sei nur ein kleiner Baufachmann. Er habe aber schon viele Expertisen bekommen. Es könnten Dinge vorgebracht werden, von denen man jetzt noch nichts wisse. Wenn man das Brüggl jetzt unter Denkmalschutz stelle, sei dieser Entscheid getroffen. Falls die Sanierung dann auf einmal CHF 850'000.- koste, sei die Frage, ob der Rat die Brücke dann immer noch erhalten wolle. Man hoffe jetzt einfach, dass die Kosten im Rahmen des Experten blieben. Das sei die Nuance. Habe man einmal ja gesagt, müsse man die Sanierung durchführen, was auch immer sie koste. Er frage sich, weshalb man sich jetzt unter Druck setzen und sich ins Gebiet der Hoffnung begeben solle. Er wünsche eine Genauigkeit auf zehn Prozent.

Hans Brodbeck (FDP) stellt fest, er habe für Verwirrung gesorgt. Bernhard Fröhlich habe das Problem auf den Punkt gebracht. Die Vorlage des Stadtrates, die er an sich gut finde, zeige zwei Lösungswege auf: Unterschutzstellung und Sanierung oder Neubau. Derzeit gehe man über Holzplanken und nehme die Brücke nicht einmal wahr. Man müsse das Geschäft durchdenken. Es sei für ihn unbefriedigend, dass zwei Optionen einander gegenübergestellt würden und man bei der einen nicht wisse, was sie koste. Wenn man dem Stadtrat zustimme, sage man damit, dass es keine andere Lösung gebe, was immer es koste. Man wisse zu wenig genau über die Kosten Bescheid. Deshalb stelle er diesen Antrag. Vielleicht müsse man zuerst einen Planungskredit sprechen.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) macht darauf aufmerksam, dass der Rat jetzt nicht über einen Projektkredit, sondern über einen Grundsatzentscheid abstimme.

://: Der Bericht des Stadtrates wird mit 18 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Stadtrat zurückgewiesen.

194 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**9. Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion
betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze (Nr. 2006/121)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze

Im Kommentar zum „Cercle indicateur - Benchmarking Liestal 2005“ ist zu lesen: „Liestal ist Kernstadt einer Agglomeration, Kantonshauptort und ausgeprägter Dienstleistungsstandort. Der Zu- und Wegpendler/innen-Strom des Kantonshauptorts mit seinen zahlreichen zentralen öffentlichen Einrichtungen (Kantons- und Bezirksverwaltung, Gerichtsbarkeit, Agenturen, Spital) ist erheblich; letztere sind, was das Steueraufkommen juristischer Personen betrifft, für die Ertragslage der Stadt unrentable Flächenbeansprucher.“ Weiter unten wird ausgeführt: „...die unterdurchschnittliche Anzahl Kinderbetreuungsplätze mag einen dementsprechenden Handlungsbedarf aufzeigen (Standortfaktor).“ Eine Grafik zeigt denn auch, dass das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen in Liestal im Vergleich mit den untersuchten Gemeinden klar unter dem Durchschnitt liegt. Der Kanton ist mit seinen vielfältigen Einrichtungen ein wichtiger Arbeitsgeber, ebenso wie weitere grössere und kleinere Firmen. Es ist erwiesen, dass ein ausreichendes Angebot an zentral gelegenen Kinderkrippenplätzen ein wesentlicher Standortvorteil ist, um natürlichen Personen - z.B. Arbeitnehmenden aus dem Bereich der öffentlichen Einrichtungen - eine Wohnsitznahme zu erleichtern. Ich bitte den Stadtrat deshalb zu prüfen, ob und in welcher Form eine gemeinsame Trägerschaft von Kinderkrippenplätzen in angemessener Zahl mit dem Kanton und den in Liestal ansässigen Firmen zu realisieren wäre und bitte ihn, dem Einwohnerrat darüber zu berichten.

Erika Eichenberger
Grüne Fraktion
30. Oktober 2006

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) fragt den Stadtrat, ob er bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin gibt bekannt, der Stadtrat wolle den Vorstoss entgegennehmen.

Erika Eichenberger (GL) erläutert, im Städteranking sei Liestal bezüglich Kinderbetreuung im Vergleich mit den anderen Gemeinden weit am Schluss. Auf die Wohnbevölkerung kämen zwölf Promille Kinderbetreuungsplätze. In Illnau sei die Vergleichszahl 90, in Chur 102 und in Lausanne 287. Wer sich übers Internet informiere, finde keine Plätze, sondern nur Wartelisten. Die beiden Kinderbetreuungsstätten Sunnewirbel und Bingolino seien voll. Manche Leute würden aufgrund dieser Situation nicht nach Liestal ziehen, andere nähmen ihre Kinder mit an den Arbeitsplatz, wieder andere würden ihre Kinder einfach vor den Fernseher setzen. Viele Eltern würden ein solches Angebot nur an wenigen Tagen nützen; es wäre kein Familienersatz, sondern eine wertvolle Ergänzung. Aus einer Prognos-Studie sei ersichtlich, dass Angestellte ihren Betrieben dank familienfreundlicher Personalpolitik treu blieben. Es müsse möglich sein, dass Liestal mit den ansässigen Firmen eine Trägerschaft für solche Plätze aufbauen würde. Sie bitte um Überweisung des Postulats.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) sagt, sie unterstütze Erika Eichenberger voll. Sie erlebe das Umfeld wie geschildert. In Liestal bestehe wirklich Handlungsbedarf. Ihre Fraktion sei für Überweisung. Es gehe darum, das Anliegen zu prüfen und darüber zu berichten.

Vreni Wunderlin (FDP) erinnert daran, dass es im Spital vor zehn Jahren ein umfangreiches Kinderbetreuungsangebot bestanden habe. Aufgrund rückläufiger Kinderzahlen sei die Krippe wieder geschlossen worden. Heute gebe es den Kinderhort Bingolino, das Tagesheim Sunnewirbel und Tagesfamilien. Der Mittagstisch für Kindergarten und Primarschule sei preisgünstig und werde rege benützt. Eine Tagesschule sei in Prüfung. Es gebe auch kantonale Angebote. Wichtig für Liestal sei, den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen gemeinsam mit Firmen abzuklären. Die FDP-Fraktion unterstütze das Postulat.

Regula Nebiker (SP) äussert, sie schliesse sich den Vorvoten voll an. Diese Abklärung sei wichtig für die Standortqualität von Liestal.

://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

195 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**10. Postulat von Paul Pfaff, Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss
namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Bestattung von
Musliminnen und Muslimen (Nr. 2006/122)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend Bestattung von Musliminnen und Muslimen

In Liestal leben zurzeit ca. 250 Personen, welche dem islamischen Glauben angehören. Es ist anzunehmen, dass in den nächsten Jahren die Zahl von Musliminnen und Muslimen, welche an ihrem Wohnort bestattet werden möchten, zunimmt. Da eine kantonale Lösung für Bestattungen nach islamischem Glauben und Ritualen bis jetzt offenbar nicht zustande kam, haben einige Baselbieter Gemeinden Schritte eingeleitet, um auf kommunaler Ebene separate Grabfelder einzurichten (z.B. Sissach und Allschwil).

Der Stadtratsbeschluss vom 5. September 2006, welcher vorsah, dass bei einem bestehenden Grabfeld des Friedhofs Liestal die sogenannte „unreine“ Erde ausgetauscht wird, löste in der Bevölkerung heftige Kritik aus und wurde als pietätslos bezeichnet; der Beschluss wurde daraufhin vom Stadtrat zurückgezogen.

Einer Bestattung von Musliminnen und Muslimen nach unserer üblichen Friedhofordnung steht nach wie vor nichts im Wege. Aufgrund der jetzigen Ausgangslage ist es u. E. aber künftig politisch nicht durchsetzbar, auf dem bestehenden Friedhofareal ein separates muslimisches Grabfeld einzurichten.

Wir bitten den Stadtrat deshalb,

1. das Bedürfnis nach einem separaten Grabfeld für muslimische Glaubensangehörige abzuklären;
2. im Falle eines nachgewiesenen Bedürfnisses mit den Nachbargemeinden eine interkommunale Lösung anzustreben;
3. die Übernahme aller Mehrkosten gegenüber der geltenden Regelung durch die muslimische Glaubensgemeinde zu prüfen;
4. dem Einwohnerrat einen Vorschlag zu unterbreiten.

Namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion:

Paul Pfaff, SVP; Elisabeth Augstburger, EVP; Claudio Wyss, CVP

31. Oktober 2006

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) fragt den Stadtrat, ob er bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadträtin Marion Schafroth antwortet, der Stadtrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Sie wolle sich zu drei Punkten äussern: 1.) Voraussetzungen und Tatsachen. 2.) Schlüsse aus dem Vorschlag des Stadtrates vom letzten Herbst. 3.) Weiteres Vorgehen des Stadtrates.

1.) Die Schweiz sei ein säkularer Staat. Das Friedhofswesen sei keine Sache der Kirche, sondern kommunal geregelt. Nach dem Tod würden alle gleich behandelt. In der Schweiz gebe es eine zunehmende Anzahl von Muslimen, die sich teilweise in Stiftungen und Vereinen organisiert hätten. Eines ihrer wichtigsten Ziele schweizweit sei, die Möglichkeit für Beerdigungen nach ihren Riten zu haben. Wichtig für die Bestattung nach muslimischem Ritus seien

folgende Punkte: die ewige Grabesruhe, Bestattung ohne Sarg, Bestattung möglichst am gleichen Tag, Ausrichtung nach Mekka, Geschlechtertrennung, unbenutztes Erdreich, Bestattungsritual mit ritueller Reinigung. Die Muslime, die sich an die Stadt Liestal gewandt hätten, seien in mehreren Punkten bereit, sich an die hiesigen Gepflogenheiten anzupassen. So seien sie mit der Mehrfachbelegung der Gräber einverstanden, ebenso mit der Bestattung im Sarg sowie der Wartefrist von zwei bis drei Tagen bis zur Beerdigung. Die Gräber seien aber auf jeden Fall nach Mekka auszurichten. Auch die Geschlechtertrennung sei für sie einzuhalten; diese sei zwar nicht vorgeschrieben, aber eine Tradition, die noch nie über Bord geworfen worden sei. Was die unbenutzte Erde betreffe, so hätten die Muslime Entgegenkommen signalisiert. Diese sei für sie nicht zwingend. Die rituelle Reinigung sei reglementsconform und von daher kein Problem. Um die Ausrichtung der Gräber nach Mekka und die Geschlechtertrennung zu ermöglichen, brauche es ein eigenes Grabfeld.

2.) Die Bevölkerung mache ein grosses Fragezeichen dazu, was Muslime unter Toleranz verstünden und fänden es fragwürdig, dass sich Angehörige einer anderen Religion nach dem Tod so abgrenzen wollten. Vor allem der Erdaustausch sei auf Ablehnung gestossen. Ausgehend von dieser Problematik könne sich eine Debatte um die Themen Integration, Religionsfreiheit und fundamentaler Islam entzünden. Grundsätzlich wünsche man sich aber eine vernünftige Lösung des Problems. Niemand habe etwas dagegen, neben einem Muslim begraben zu sein.

3.) Keine Gruppe erhalte Sonderrechte, sonst müsse sie einen privaten Friedhof schaffen. Die Lösung sei innerhalb der bestehenden Gesetze und Reglemente zu finden. Die Ausscheidung eines Grabfelds sei kein Problem. Es gebe auch Urnenfelder, Kindergräber usw. Man wünsche eine Lösung, die im Sinne des hier herrschenden demokratischen Verständnisses respektvoll sei. Das bedeute, dass man auf Minderheiten eingehe, so lange keine Werte, die für die Bevölkerung wichtig seien, gefährdet seien. Wenn es zu finanziellen Sonderaufwendungen käme, müssten die muslimischen Gemeinschaften sie übernehmen. Mit allen interessierten Kreisen würden Gespräche geführt. Erst wenn es eine Lösung mit breitem Konsens gebe, bringe der Stadtrat einen Vorschlag in den Einwohnerrat. Das Geschäft laufe, ob man das Postulat überweise oder nicht. Sie bitte darum, den Punkt 2 aus dem Postulat betreffend interkommunale Lösung zu streichen. Dieser Vorschlag helfe nicht, das Ganze werde dadurch auch nicht billiger oder rationeller, nur komplizierter.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) sagt, sie danke für die Bereitschaft, das Postulat zu übernehmen und für die ausführlichen Informationen. Der Stadtrat gehe in eine gute Richtung. Der Friedhof Hörnli habe schon mehrmals aus Platzgründen mitgeteilt, dass die Gemeinden im Baselbiet nach Lösungen suchen müssten. Den Punkt 2 wollten die Postulanten im Vorstoss behalten. Es mache Sinn, bei dieser wichtigen Sache mit den Nachbargemeinden ins Gespräch zu kommen. Bei der Beantwortung des Postulats könne man immer noch über diesen Punkt diskutieren. Ihre Fraktion bitte darum, das Postulat zu überweisen.

Elisabeth Spiess (GL) führt aus, wie man gehört habe, sei bereits einiges am Laufen. Gerade deshalb sei ihre Fraktion nicht für die Überweisung des Postulats. Der Begriff unreine Erde sei auch den Grünen sauer aufgestossen. Dies sei nun aber glücklicherweise vom Tisch. Am 03. November 2006 habe ein Treffen mit einem muslimischen Theologen stattgefunden. Dieser habe aufgezeigt, dass eine solche Forderung nicht vom islamischen Glauben her komme, sondern von Menschen, die von den Begräbnisgewohnheiten in ihrem angestammten Gebiet ausgegangen seien. Man habe also eine neue Ausgangsposition. Das Postulat gefalle ihrer Fraktion in zwei Punkten nicht. Es nehme nicht zur Kenntnis, dass die so genannte unreine Erde kein Thema mehr sei. Ausserdem werde behauptet, ein separates Grabfeld sei politisch nicht umsetzbar. Die Diskussion darüber werde aber erst in Gang kommen. Ihre Fraktion lehne das Postulat ab, weil es den Handlungsspielraum des Stadtrates einschränke und die Lösungsfindung behindere. Die Grüne Fraktion wünsche, dass eine akzeptable Lösung gefunden werde, wenn immer möglich in Liestal. Das Postulat zeige keine konstruktive Perspektive auf. Sicher sei den Postulanten inzwischen klar, dass nicht der Kanton, sondern die Gemeinde für das Bestattungswesen zuständig sei. Gemeindeübergreifende Zusammenarbeit würde heissen, dass irgendeine Gemeinde bereit sein müsse, Muslime aus ande-

ren Gemeinden zu bestatten. Gerade nach der vorangegangenen Diskussion könne man nicht damit rechnen. Das Postulat wolle keine Lösung des Problems, es sei ein Behinderungspostulat. Deshalb lehne ihre Fraktion es deutlich ab.

Hanspeter Mohler (FDP) meint, Marion Schafroth habe darauf hingewiesen, dass die Bestattungsweise in einem säkularen Staat nichts mit Religion zu tun habe. Man solle die ganze Übung abbrechen. Es bestehe kein Anrecht irgendwelcher Religionsgemeinschaften auf Sonderbehandlung. In seiner Fraktion sei man sich in Bezug auf den Umgang mit dem Postulat nicht einig, deshalb herrsche Stimmfreigabe. Persönlich sei er der Meinung, dass die ganze Übung nicht verfassungskonform sei. Die Bundesverfassung schreibe nur eine schickliche Bestattung vor. Das Friedhofreglement der Gemeinde Liestal garantiere eine schickliche Bestattung.

Ernst Burkhardt (SP) äussert, die SP-Fraktion rechne nicht so hart mit den Postulanten ab. Was den zweiten Punkt im Vorstoss betreffe, so werde sich nach den Abklärungen vielleicht etwas ergeben. Dies sei nicht so wichtig. Nach der ganzen Diskussion habe es einen solchen Vorstoss gebraucht. Deshalb solle man ihn entgegennehmen und die Sache sorgfältig abklären. Die muslimische Bestattung müsse mit dem Friedhofreglement vereinbar sein. In diesem Rahmen könne man Rücksicht nehmen. Es gebe übrigens bereits ein muslimisches Grab auf dem Friedhof. Wenn die Abtrennung eines Grabfeldes möglich sei, könne man dies machen, das brauche nur ein wenig Rücksicht. Wenn der unselige Ausdruck unreine Erde nicht gefallen wäre und sich nicht so viele darauf gestürzt hätten, hätte das Ganze nicht so viel ausgelöst. Es gebe auf dem Friedhof ein leeres Grabfeld aus dem deutsch-französischen Krieg. Man könne beispielsweise die Tafel stehen lassen und dort ein solches Grabfeld einrichten. Man müsse es nicht ausiedeln. Man solle etwas toleranter sein und das Reglement richtig anpacken.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) legt dar, das Postulat sei einzig und allein aufgrund der vielen Reaktionen in der Bevölkerung eingereicht worden. An die Postulanten seien verschiedene Vorwürfe ergangen. Das Votum von Elisabeth Spiess sei recht hart gewesen. Sicher sei den Postulanten bewusst gewesen, dass das Bestattungswesen Gemeindeangelegenheit sei. Sie wehre sich auch gegen den Ausdruck Behinderungspostulat. Man habe dem Stadtrat keine pfannenfertige Lösung vorgeschlagen, sondern ihn beauftragen wollen, in eine bestimmte Richtung zu gehen. Sie sei der Meinung, dass der Vorstoss zu einer konstruktiven Lösung beitrage.

Ernst Gebhard (Fraumättler) meint, man solle den Stadtrat machen lassen. Man müsse das Postulat nicht überweisen. Der Stadtrat mache seine Arbeit gut, und für die Muslime fände sicher Platz auf dem Friedhof. Der Stadtrat solle die Angelegenheit in Ruhe angehen können.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) sagt, er sehe keinen Grund, weshalb man das Postulat nicht überweisen solle. Stadträtin Marion Schafroth habe sehr gute Lösungsansätze gezeigt. Seine Fraktion wolle nicht etwas verhindern, sondern habe den Vorstoss eingereicht, damit etwas geschehe. Wenn der Stadtrat bereits am Abklären sei, sei dies umso positiver.

Orla Oeri-Devereux (SP) teilt mit, die SP-Fraktion sei für Überweisung des Postulats. Das Thema habe viel bei der Bevölkerung ausgelöst, es sei sehr emotional geladen. Sie halte es für sehr wichtig, dass der Einwohnerrat als Vertretung der Bevölkerung diese ernst nehme und nicht in den Medien lesen müsse, das Parlament habe den Vorstoss nicht überweisen wollen. Man müsse die Botschaft nach aussen geben, dass man die Angelegenheit versachliche. Es sei wichtig, den Vorstoss zu überweisen.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) fragt, ob der Vorstoss im ursprünglichen Wortlaut bestehen bleibe, inklusive Punkt 2, der verlange, im Falle eines nachgewiesenen Bedürfnisses mit den Nachbargemeinden eine interkommunale Lösung anzustreben.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) stellt fest, dass Elisabeth Augstburger dies bejahet.

://: Das Postulat wird mit 15 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen nach dem Stichentscheid durch die Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler nicht überwiesen.

196 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**11. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Sabine Sutter
namens der FDP-Fraktion betreffend Plakatsäulen (Nr. 2006/124)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation betreffend Plakatsäulen

Es fällt mir auf, dass die Plakatsäulen – auch Kulturnägel genannt – in einem schlechten Zustand sind. Oft befinden sich Mitteilungen an diesen Kulturnägeln, die längst nicht mehr aktuell oder teilweise zerrissen oder unlesbar sind. Deshalb bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wer ist für die Bewirtschaftung von diesen Plakatsäulen zuständig?
- In welchen Abständen werden die Plakatsäulen kontrolliert und aktualisiert?
- Welche Kosten entstehen jährlich für diese Aufwendungen?

Sabine Sutter
FDP-Fraktion
6. November 2006

Stadtrat Ruedi Riesen erteilt folgende Antworten: Für die Bewirtschaftung dieser Plakatsäulen sei gemäss Vertrag über das Plakatwesen die Allgemeine Plakat-Gesellschaft (APG) zuständig. Die Plakatsäulen würden gemäss Vertrag einmal pro Woche kontrolliert und aktualisiert. Für die Stadt entstünden keine Kosten ausser den Portogebühren für den Versand der Plakate an die APG.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) fragt, ob die Interpellantin Sabine Sutter mit der Antwort zufrieden sei und ob sie die Diskussion wünsche.

Sabine Sutter (FDP) erwidert, sie sei mit den Antworten zufrieden, wünsche aber die Diskussion.

Sabine Sutter (FDP) erkundigt sich, ob die Plakatsäulen jede Woche kontrolliert würden. Dem Aussehen der Säulen nach könne sie sich dies nicht vorstellen.

Stadtrat Ruedi Riesen gibt zu, dass es auch schon zwei oder drei Wochen gedauert habe, bis die Säulen kontrolliert worden seien. Die Verantwortlichen hätten den Auftrag erhalten, sich wieder an den Abstand von einer Woche zu halten.

Ernst Burkhard (SP) teilt mit, er habe einige Erfahrungen mit dem Thema Plakate gesammelt. In einem konkreten Fall habe ihm auf der Stadtverwaltung niemand sagen können, wie viele Plakate es brauche. Er habe dann Plakate gebracht. Bei einem Kontrollgang habe er sie auf zwei Säulen gefunden. An anderen Stellen seien die Plakate vielleicht schon wieder von wild aufgehängten Plakaten überdeckt gewesen. Das Ganze sei eine unmögliche Sache. Entweder soll man die Säulen zum wilden Bekleben freigeben oder sie abreißen. Eine Kontrolle sei ohne sorgfältige Bewirtschaftung nicht möglich.

Bernhard Fröhlich (FDP) fügt hinzu, er könne eine Geschichte zu diesem Thema schreiben. Das Ganze sei eine Katastrophe. Es sei vielleicht einmal eine lustige Idee gewesen.

Schlimm sei vor allem, wie das Ganze daherkomme. Die Säulen seien zum Teil Schandflecke. Die Wirkung der Plakate sei gleich null. Man solle die Kulturnägel abreissen und saubere, zu bewirtschaftende Plakatwände erstellen. Entweder müsse es eine Vorlage durch das zuständige Departement geben oder man müsse eine entsprechende Motion einreichen.

Vreni Wunderlin (FDP) ergänzt, sie schliesse sich dem an. Beim Schwimmbad stehe auch eine solche Säule, die schrecklich aussehe. Es gebe auch normale Plakatwände, die viel besser seien.

Somit ist die Interpellation erledigt.

197 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

15. Fragestunde

1. Frage, Jürg Holinger (GL): Welche Mittel haben die Behörden der Stadt Liestal, um den **Schleichverkehr von und nach Arlesheim via Schauenburg** zu unterbinden, und ist der Stadtrat bereit, sich für die Verhinderung dieses Schleichverkehrs einzusetzen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, das LKW-Fahrverbot sei in Kraft, sobald die Signalisation durch die Betriebe gestellt sei. Mit den Nachbargemeinden Frenkendorf und Gempfen, die ebenfalls in diese Massnahme involviert seien, sei abgemacht, dass das Fahrverbot im Januar 2007 in Kraft trete. Die Signalisation sei bestellt und werde in den nächsten Tagen gestellt. Bezüglich des Verkehrsaufkommens seien bis anhin noch keine Erhebungen gemacht worden. Aus diesem Grund könne man dazu kaum Angaben machen. Das Verkehrsaufkommen dürfte sich aber im Rahmen halten und vergleichbar mit der Sichternstrasse in Richtung Nuglar sein. Das LKW-Fahrverbot sei verfügt worden, um irregeleitete Lastwagen von dieser Route abzuhalten. Das GPS-System zeige den Chauffeuren als Verbindung von Liestal nach Aesch offenbar diesen Weg an.

2. Frage, Astrid Basler (GL): Wann wird **Tempo 30 im vorderen Teil der Heidenlochstrasse**, Abzweigung Arisdörferstrasse bis Kasinobrücke, eingeführt?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, die Bewilligung sei von der Verkehrsabteilung der Kantonspolizei in Aussicht gestellt worden. Für die Umsetzung mit einigen Markierungsarbeiten müsse man die warmen Temperaturen im Frühling abwarten. Die Einführung sei auf April 2007 geplant.

3. Frage, Vreni Wunderlin (FDP): Auf dem Sportplatz des Rotackerschulhauses entlang der Schulstrasse war mal eine „**Aeschenbahn**“. Diese wird nicht mehr gebraucht und nicht mehr gepflegt. Die Schulstrasse hat kein Trottoir, obwohl sich hier viele Schulkinder bewegen. Wie wäre es, diese Aeschenbahn durch ein kleines Weglein zu ersetzen und für die Schulkinder zur Begehung freizugeben? Ich bin sicher, die Schul- und Mittagstischkinder, welche die Schulstrasse in Richtung Sichtern täglich benützen, wären sehr dankbar.

Stadtrat Ruedi Riesen legt dar, aufgrund der geringen Anzahl an Fussgängern und Fahrzeugen auf der Schulgartenstrasse sei die Schaffung eines Trottoirs nicht angezeigt. Zudem werde in der Schulgartenstrasse 2008, zusammen mit dem ganzen Sichterngebiet, Tempo 30 eingeführt. In den Tempo 30-Zonen verzichte man auf Trottoirs. Die Schule könne selbst empfehlen, die Bahn zu begehen. Die Stadt wolle damit aber keinen Aufwand betreiben.

Zusatzfrage, Margrit Siegrist (SVP): Ich habe mich schon einmal erkundigt, ob man als Ersatz nicht eine Finnenbahn einrichten könnte. Man hat mir gesagt, dies werde geprüft.

Stadtrat Ruedi Riesen sagt, dies werde noch immer geprüft.

4. Frage, Vreni Wunderlin (FDP): Seit drei Jahren bitte ich, die **Tageskarte GA-Flex** zur Benutzung für die Liestaler Bevölkerung anzubieten. Immer werde ich wieder vertröstet. Die letzte Aussage war ab 01.01.07. Wo liegt das Problem? Wie sicher ist es, dass die Einführung nun, wie neulich versprochen, ab 01.03.07 angeboten wird?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwidert, im letzten Jahr habe der Stadtrat beschlossen, diese Tageskarte anzubieten, aber durch einen externen Anbieter. Die SBB hätten nun der Stadt

Liestal den Verkauf von Gemeindetageskarten durch Dritte nicht bewilligt. Um den Verkauf intern zu organisieren und schlanke Abläufe zu kreieren, werde noch Zeit benötigt. Die Stadt sei zuversichtlich, Tageskarten ab dem 01.03.07 verkaufen zu können. Der genaue Zeitpunkt werde über das Amtliche Mitteilungsblatt und die Website kommuniziert.

5. Frage, Peter Furrer (CVP): Von Busbenützern hört man oft Reklamationen, dass die Busse unübersichtlich abgestellt sind und eine Übersicht zur Aufstellung der Busse fehlt. Bis wann schätzt der Stadtrat, den neuen **Bushof** realisieren zu können?

Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit, die Realisierung des Bushofs sei gemäss bewilligtem Quartierplan 1 vom Bau der Kantonalbank abhängig. Sowohl für den Bau der Kantonalbank als auch für das Projekt Bushof würden die Projektierungsarbeiten auf Hochtouren laufen. Für das Projekt Bushof werde dem Einwohnerrat an einer der nächsten Sitzungen Antrag auf Projekt- und Kreditgenehmigung gestellt. Für die Ausführung sollten noch 2007 die bestehenden Gebäude auf dem Kantonalbankareal abgerissen werden. Gemeinsamer Baubeginn sei für Mitte 2008 geplant.

6. Frage, Peter Furrer (CVP): Von Angehörigen Verstorbener, die im **Gemeinschaftsgrab** beigesetzt wurden, hört man immer wieder Reklamationen, die Inschrifttafel sei schlecht lesbar, sowohl in der Art der Beschriftung (Schlangenlinie), wie auch in der Schriftstärke. Letzteres vor allem bei schlechtem Wetter und je nach Lichteinfall. Wann gedenkt der Stadtrat beim Gemeinschaftsgrab eine besucherfreundliche Beschriftungstafel anbringen zu lassen?

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, vor ca. 1,5 Jahren habe die Stadt die Lesbarkeit verbessert, indem das Glas blau eingefärbt und als Kontrast die Schrift weiss und etwas grösser gewählt worden sei. Gleichzeitig seien auch die Jahreszahlen deutlich abgesetzt worden. Von Zeit zu Zeit würden die Schriften, die etwas verblasen würden, auch wieder aufgefrischt. Seither habe der Friedhofgärtner keine Reklamationen erhalten. Regenwetter könne die Lesbarkeit beeinträchtigen. Man dürfe in diesem Fall mit einem weichen Papiertuch über die Glasfläche wischen. Gerne sei der Friedhofgärtner bereit, bei der Auffindung eines Namens zu helfen. Er sei mehrheitlich auf dem Friedhof anzutreffen. Weitere Massnahmen seien nicht vorgesehen.

7. Frage, Hans Rudolf Schafroth, (SVP): Die Bedienungszeiten für die **Quartier-Sammelstellen** sind generell morgens ab 08.00 Uhr festgelegt. Nun ist es aber so, dass der Arbeitsbeginn für die meisten EinwohnerInnen von Liestal zwischen 07.00 und 08.00 Uhr ist. Ich frage nun den Stadtrat an, ob es nicht sinnvoll wäre, die Öffnungszeit morgens auf 07.00 Uhr festzulegen, damit alle berufstätigen EinwohnerInnen von Liestal die Möglichkeit hätten, auf dem Weg zur ihrer Arbeit die Entsorgungen zu machen.

Stadträtin Marion Schafroth erläutert, das Einwerfen von Glas in die Behälter verursache ein unangenehmes Geräusch, das teilweise in den angrenzenden Wohnquartieren deutlich hörbar sei. Um die Lärmstörung einzuschränken, seien die geltenden Öffnungszeiten definiert worden. Aus dieser Optik heraus seien sie gut gewählt. Es sei jetzt aber vorgesehen, eine erste Sammelstelle mit Unterflurcontainern umzurüsten. Hier sei ein Überdenken der Öffnungszeiten möglich, da in diesen Containern ein lärmdämpfendes Element eingebaut sei.

Schluss der Sitzung: 20.10 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Marie-Theres Beeler

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon